

03.10.1889 – 125. Geburtstag Carl von Ossietzky (gest. 04.05.1938)

09.10.1939 – vor 75 Jahren Weisung des Oberkommandos der Wehrmacht zum Überfall auf Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg („Fall Gelb“)

14.10.1889 – 125. Geburtstag von Max Hoelz (gest. 15.09.1933)

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

17. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

30. September 2014

Stadtparteitag

Der Stadtvorstand DIE LINKE Halle beruft für Samstag, den 13. Dezember 2014, 9:30 Uhr, den 8. Stadtparteitag ein.

Der Stadtparteitag wird als Gesamtmitgliederversammlung durchgeführt, er ist zugleich Wahlversammlung für die Delegierten der Landesparteitage 2015/2016.

Der Stadtparteitag findet im Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6, statt.

Der Stadtvorstand schlägt den Mitgliedern folgende Tagesordnung vor:

- 1. Bericht des Stadtvorstandes**
- 2. Bericht der Stadtratsfraktion**
- 3. Aussprache**
- 4. Wahl der Delegierten zu den Landesparteitagen 2015/2016**
- 5. Beschlussfassung**

Anträge an den Stadtparteitag, die bis Montag, den 01. Dezember 2014, gestellt werden, werden den Delegierten zugesendet, danach eingehende Anträge werden als Tischvorlagen zum Parteitag verteilt. Das Gleiche gilt für Vorstellungen und Kandidaturen als Delegierte zu den Landesparteitagen 2015/2016.

Der Stadtvorstand schlägt den Mitgliedern vor, allen in Halle organisierten Mitgliedern des Jugend- und Studierendenverbandes gemäß §§ 5 (4) und 11 der Bundessatzung Stimm- und Wahlrecht einzuräumen.

Der Kulturtreff Halle-Neustadt befindet sich Am Stadion 6 und ist mit den Straßenbahnlinien 2, 9 und 10, Haltestelle Schwimmhalle, zu erreichen.

Für Pausenversorgung ist auf Selbstzahlerbasis gesorgt.

Gewünschte Kinderbetreuung bitte über die Geschäftsstelle bis zum 01. Dezember 2014 anmelden.

„Einmal wird dieser schreckliche Krieg doch aufhören, einmal werden wir auch wieder Menschen und nicht allein Juden sein.“ (Anne Frank, Tagebuch)

Wie schon im letzten Jahr veranstaltete die Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt eine große Bildungsfahrt zur historischen Bildung. Am 20. September fuhren wir mit 19 Interessierten, Mitgliedern und Sympathisant*innen in die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen nach Niedersachsen.

Bergen-Belsen ein Ort des Grauens, dem das Grauen heute kaum noch anzusehen ist. Das ehemalige Lagergelände ist inzwischen stark zugewachsen und gleicht eher einem verwilderten Park mit gepflegten Wegen als einem Ort, an dem zehntausende Menschen auf grausame Art und Weise ihr Leben verloren haben. Im Zuge der Befreiung im April 1945 wurden sämtliche Baracken, Wachtürme und Zäune niedergedrückt und verbrannt - aus Furcht, die unzähligen Epidemien im Lager könnten sich auf die Überlebenden, Befreier und Zivilisten ausbreiten. Nichts steht mehr. Beim Abschreiten der Pfade erinnern nur noch die Massengräber – nur erkennbar an der Wölbung und die an den Fronten angebrachte Anzahl der hier beerdigten Toten – einige wenige symbolische Grabsteine, Gedenkplastiken und Ausgrabungsstellen an das, was hier vor 70 Jahren geschehen ist. Es ist bedrückend, an einem Ort zu sein, der sich den Besucher*innen vordergründig „idyllisch“ präsentiert und gleichzeitig diese Vergangenheit hat, ein Ort, an dem massenhaftes Sterben zum Alltag gehörte.

Das Lager, dessen Ursprung in einer Arbeitersiedlung für die nahegelegene Wehrmachtskaserne liegt, wurde schon kurz nach Kriegsbeginn als Kriegsgefangenenlager für Belgier und Franzosen, später, nach Mussolinis Sturz 1943, auch für italienische Soldaten, genutzt. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Jahr 1941 wurde Bergen-Belsen stark erweitert, um sowjetische Gefangene zu internieren, die hier dann schon unter unmenschlichsten Bedingungen, teils unter freiem Himmel und ohne Nahrungsversorgung, dahinvegetieren und zu Tausenden an Krankheiten und Hunger sterben mussten. Im späteren Kriegsverlauf wurde das Lager von der SS übernommen und zunächst als sogenanntes „Austauschlager“ - es sollte das einzige im Deutschen Reich bleiben - betrieben. In dieser Zeit wurden vorzugsweise prominente oder



sehr vermögende Jüdinnen und Juden mit Familie im Ausland inhaftiert, um sie gegen in den USA oder Lateinamerika internierte Nazis auszutauschen. Die damaligen Häftlinge hatten etwas bessere - sofern dieser Superlativ überhaupt angebracht ist - Lebensbedingungen, da das Überleben der „Austausch-Juden“ sowie ein einigermaßen zufriedenstellender Gesundheitszustand unbedingt gewährleistet werden sollte. Die horrenden Forderungen der Nazis waren aber kaum erfüllbar, sodass den Inhaftierten bald dasselbe Schicksal blühen sollte, wie allen anderen, die nach Bergen-Belsen deportiert worden sind. Bis zum Ende des Krieges wurde es dann als „Evakuierungs-Lager“ für die geräumten Konzentrations- und Vernichtungslager des Ostens genutzt. Auf einem solchen Transport aus Auschwitz kam auch Anne Frank am 30. Oktober 1944 nach Bergen-Belsen, wo sie im März 1945 kurz vor der Befreiung und kurz nach ihrer Schwester Margot gestorben ist.

Neben dem eigentlichen Lagerkomplex wurde die Gedenkstätte immer mehr erweitert. Als 1952 die Erinnerungsstätte eröffnet wurde, diente sie eher der eigenen Schuldabwehr – seht her, wir setzen uns ja mit unserer Geschichte auseinander – aber kaum der Sühne, Mahnung und Aufarbeitung. So ist es auch zu erklären, dass damals nur ein paar Wege über das Lagergelände angelegt wurden, um sie auch ausländi-

schen Würdenträgern zu zeigen. Erst sehr viel später wurde ein Museum und eine Begegnungsstätte errichtet, die sich ernsthaft mit der Geschichte des Lagers auseinandersetzt. Teilweise sind die dort gezeigten Dinge kaum zu ertragen, so die 23 Minuten Original-Filmaufnahmen der britischen Armee, die das Lager nach der Befreiung zeigen; mit all dem Grauen, dem die Opfer auch noch nach der Befreiung ausgesetzt waren. Denn auch nachdem die Briten das KZ befreiten, starben noch mehr als 10.000 Menschen an Hunger, Krankheit und Erschöpfung auch wenn alles unternommen wurde, sie zu retten. Auch wie tausende Leichen in Massengräber getragen und diese Arbeit später von Bulldozern übernommen wurde, weil es nicht schnell genug ging – zur Eindämmung von Seuchen aber unumgänglich war – lässt einen tieftraurig und emotional schockiert zurück. Es sind Bilder, die sich ins Gedächtnis einbrennen. Und wenn man an dieser Stelle dann auch noch erfährt, dass es immer wieder Hakenkreuz-Schmierereien und Sachbeschädigungen am Gelände gibt, ist das ungleich schwieriger zu verarbeiten.

Die Fahrt nach Bergen-Belsen hat viele von uns nachdenklich zurückgelassen, mit dem Gefühl, dass wohl niemand auch nur annähernd nachvollziehen kann, welches Leid die Opfer der Deutschen ertragen mussten. Dieser Ort lässt nur kalte Herzen kalt. Es ist aber ein Ort, an dem die Gewissheit unbändig wird, genau das Richtige zu tun, alles zu tun, noch mehr zu tun, damit diese Gräueltaten nie wieder geschehen. Nie wieder. Unserer antifaschistischen Verantwortung folgend ist es eine Pflicht, die Erinnerung an die Barbarei des Nationalsozialismus stets zu erneuern, aber gleichzeitig vor aktuellen faschistischen, rassistischen, nationalistischen, antisemitischen und sozialdarwinistischen Tendenzen in der Welt zu warnen. Frei nach Adorno: nicht die Rückkehr der Alt-Nazis ist zu befürchten, sondern das Fortleben des Nationalsozialismus innerhalb der Demokratie.

Zum Schluss möchten wir uns bei allen Teilnehmenden und den FahrerInnen bedanken, aber auch und ganz besonders beim hervorragenden Guide sowie der Gedenkstätte!

Vortrag mit Diskussion
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
Sachsen-Anhalt e.V.

16.10.2014, Beginn 18 Uhr

**Das geplante Freihandels-
abkommen zwischen der EU
und den USA - Wohlstands-
gewinn für alle oder Profit-
maximierung für trans-
nationale Konzerne?**

Der Vortrag will darüber aufklären, dass das amerikanische Chlorhuhn zwar öffentliche Aufmerksamkeit, auch Empörung erregt, aber von den eigentlichen Gefahren des Projekts ablenkt. Die liegen in höchst fragwürdigen Wohlstandsverheißungen und geplanten Eingriffen in fast alle privaten und kommunalen Lebensbereiche. Es droht die Absenkung sozialer Rechte von Beschäftigten sowie von Verbraucher- und Umweltschutzstandards. Das Investitionsschutzkapitel läuft auf eine Kapitulation von Regierungen vor transnationalen Konzernen hinaus. Die Brüsseler Geheimverhandlungen gleichen einem Rückfall in vordemokratische Zeiten. Die Abkommenskritik wird mit Anregungen für ein zivilgesellschaftliches Engagement zum Stopp des bislang bekannten Vorhabens verbunden.

Mit Prof. Dr. Christa Luft

**06122 Halle, Kulturtreff Halle-Neustadt,
Am Stadion 6**

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt
KONTAKT
RLS REGIONALBÜRO Halle
Leitergasse 4, 06108 Halle
TEL/Fax: 0345-2025594
email: gs-halle@rosaluxsa.de

Kaffee-Duft im LILA....

Eine einladend gedeckte Tafel, selbstgebackener Pflaumenkuchen, Gebäck, Kaffee und Tee erwarteten die Seniorinnen und Senioren, welche der Einladung des Stadtvorstandes zum ersten Treffen im „Seniorenkaffee“ am 23.09. im Linken Laden gefolgt waren. Im Verlauf der regen Unterhaltung wurden zu aktuellen Problemen (u. a. Landtags-Wahl-Ergebnisse Thüringen/Brandenburg, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, Rassismus in Halle-Silberhöhe) Gedanken bzw. Meinungen ausgetauscht. Dabei kam auch das Bedürfnis nach mehr Aufklärung über Situation und rechtlichen Status der Roma und Sinti im Stadtteil Silberhöhe zum Ausdruck und wurde die

Bitte geäußert, einen Vertreter des Stadtrates bzw. -verwaltung und/oder andere kompetente Genossen zu einem nächsten Treffen einzuladen.

Nach und nach beteiligten sich auch jüngere Genossinnen und Genossen an der Gesprächsrunde: Genosse Marcel Kieslich z.B. bereicherte als neues Stadtrats-Mitglied mit Informationen die Diskussion.

Den Organisatoren des Treffens wurde herzlich gedankt und beschlossen, einmal monatlich zum „Senioren-Cafe“, jeweils am 1. Mittwoch ab 15 Uhr (beginnend am 5. November) einzuladen und für die Teilnahme weiterer Genossinnen/Genossen/Sympathisanten zu werben.

I. Höpner

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Oktober Geburtstag haben.



Sofortinformation über die Sitzung des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE am 20. und 21. September 2014 in Berlin

Zum dritten Mal im Jahr 2014 kam der Bundesausschuss am 20. und 21. September in Berlin zu seiner Beratung zusammen.

Ein Schwerpunkt der Sitzung war der Bericht zur aktuellen politischen Situation mit der Auswertung der Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen durch die Parteivorsitzende Katja Kipping. Dazu erfolgte eine umfangreiche Aussprache.

Claudia Haydt (Mitglied im Vorstand der Europäischen Linken und im Parteivorstand) berichtete von der Sommer-Universität der Europäischen Linken am Werbellinsee - „Stand up for peace - in solidarity“. Im nächsten Tagesordnungspunkt sprach der Parteivorsitzende Bernd Riexinger zum Thema Parteientwicklung und stellte anschließend den Beschluss des Parteivorstandes vom 15. September 2014 Eckpunkte für die Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben vor. Anschließend erfolgte eine Diskussion und Beschlussfassung im Sinne der Satzung § 21 (3) e) über die geplante Kampagne. Nach Abstimmungen über Änderungen zum vorliegenden Antrag wurden die „Eckpunkte für die Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben“ bei 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Anschließend informierte der Bundesschatzmeister Thomas Nord über die aktuellen Planungen zum Grobfinanzplan der Partei DIE LINKE für das Jahr

2015. Der Grobfinanzplan befindet sich noch in Erarbeitung.

Am zweiten Beratungstag stellten Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei, und Artur Pech, Mitglied im Bundesausschusspräsidium, den Entwurf der Erklärung „DIE LINKE, der Frieden und die deutsche Einheit. Jubiläen im politischen Kampf“ vor. Die Erklärung wurde mit wenigen Ergänzungen und Änderungen beschlossen.

Axel Troost (Stellvertretender Parteivorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsabgeordneten der LINKEN) referierte danach zum aktuellen Stand der bundespolitischen Diskussion der Neuordnung des Länderfinanzausgleiches und stellte das Konzept „Länderfinanzausgleich LINKS gedacht: Sozial und solidarisch“ vor.

Im Tagesordnungspunkt „Verabschiedung aktueller Erklärungen/Beschlussfassung zu weiteren Anträgen“ wurden u. a. folgende Beschlüsse gefasst:

Mit dem Beschluss „Für eine Wahlkampagne von unten“ wird der Parteivorstand gebeten, rechtzeitig bis zur nächsten Bundestagswahl ein Konzept für eine beteiligungsorientierte Wahlkampagnenvor- und nachbereitung zu entwerfen und dieses rechtzeitig einem Bundesparteitag oder dem Bundesausschuss zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

In einem Beschluss zum Thema „Mitgliedermagazin

der Partei DIE LINKE“ verständigte sich der Bundesausschuss darauf, das Thema Mitgliedermagazin auf seiner nächsten Sitzung vor dem Tagesordnungspunkt „Grobfinanzplan der Partei DIE LINKE für die Jahre 2015“ erneut zu behandeln.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Zukunftskongress der Partei DIE LINKE beschloss der Bundesausschuss, dass in eine Gruppe des Parteivorstandes zur Vorbereitung des Zukunftskongresses Vertreter_innen des Bundesausschusses aufgenommen werden.

Weiterhin beschloss der Bundesausschuss, den Parteivorstand aufzufordern, den Ältestenrat der Partei bis zur ersten Sitzung des Parteivorstandes im Jahr 2015 nach § 20 Abs. 7 der Bundessatzung neu zu berufen. Der Ältestenrat hatte mit seinem Bericht an die 2. Tagung des 4. Parteitagess das ihm 2007 erteilte

Mandat zurückgegeben.

Die nächste Sitzung des Bundesausschusses findet statt am 22. und 23. November 2014 in Berlin. Auf dieser Sitzung werden nach derzeitigen Planungsstand die Themen „Grobfinanzplan der Partei DIE LINKE für das Jahr 2015“, die Vorstellung der Arbeit von linksjugend [solid] und das Mitgliedermagazin behandelt.

Präsidium des Bundesausschusses:

Barbara Borchardt (BAG Betrieb & Gewerkschaft)
Michael Bruns (Nordrhein-Westfalen)
Birgit Klaubert (Thüringen)
Angelika Mai (Berlin)
Falk Neubert (Sachsen)
Artur Pech (Brandenburg)

Informationen zur Arbeit des Bundesausschusses, Protokolle, Sofortinformationen und Beschlüsse sind zu finden unter:
<http://www.die-linke.de/partei/organe/bundesausschuss/bundesausschuss-20142015/>

1000 gute Ideen ...

Knapp 100 Kreisvorsitzende und Kreissprecher/-innen folgten der Einladung des Parteivorstandes zur Kreisvorsitzendenkonferenz am 21. September 2014 in Berlin

In seiner Einleitung nahm Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn auf die jüngsten Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen Bezug - Licht und Schatten, Erfolge und Herausforderungen kennzeichnen die Lage der LINKEN.

Im ersten Teil der Konferenz stand dann die Diskussion zur weiteren Parteientwicklung im Mittelpunkt. In ihrer inhaltlichen Einführung wies die Parteivorsitzende Katja Kipping auf die Bedeutung einer aktiven Mitgliederpartei hin: Aufgabe der LINKEN sei es neben guten Ergebnissen bei Wahlen auch, den Zeitgeist nach links zu verschieben. Scharf kritisierte Kipping zudem das am Wochenende verschärfte Asylgesetz: „Angesichts des Einknickens des grün-roten BaWü im Bundesrat beim Asylrecht sei gesagt: Danke ans rot-rote Brandenburg. Ihr habt im Bundesrat gestanden und der Einschränkung des Asylrechts die Stirn geboten.“

In sieben anschließenden Foren diskutierten die Kreisvorsitzenden gemeinsam mit Genossinnen und Genossen aus Parteivorstand und Bundesgeschäftsstelle verschiedene Aspekte der Parteientwicklung: von Kampagnenführung und innerparteilicher Kommuni-

kation, über Kommunalpolitik, Bildungsarbeit und Finanzen bis hin zu Bündnisarbeit und Mitgliederbeteiligung.

Nach der Mittagspause stand die Konferenz ganz im Zeichen der neuen Kampagne der LINKEN. Der Parteivorsitzende Bernd Riexinger stellte die Eckpunkte einer Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse vor. Anschließend waren die Kreisvorsitzenden in sieben Foren eingeladen, Anforderungen zur weiteren Umsetzung der Kampagne zu formulieren. In den Foren wurden konkrete Vorschläge für Bündnisarbeit und Online-Öffentlichkeitsarbeit, für die Gewinnung neuer Mitglieder und öffentlichkeitswirksame Aktionsideen, für die Umsetzung in der Kommunalpolitik oder die zielgruppenspezifische Umsetzung für Frauen und junge Menschen entwickelt und vorgestellt.

Wenn 100 aktive Kreisvorsitzende einen Tag lang in einer Kreisvorsitzendenkonferenz diskutieren, ergibt das mindestens 1000 gute Ideen - diese in der weiteren Parteientwicklung und Kampagnenplanung umzusetzen, wird die Herausforderung der nächsten Monate sein.

Aus der letzten Stadtratssitzung vom 24. September 2014

Die zweite Sitzung des neuen Stadtrates sollte wieder eine lange Sitzung werden mit vielen interessanten Themen. Und das alles nun als „papierlose Ratsarbeit“.

Fast jeder Stadtrat besitzt nun ein „i-Pad“ und verfolgt die Sitzungen am eigenen Bildschirm. Die Unmengen der Papierberge sollen der Vergangenheit angehören. Doch zu Beginn der Sitzung ist das W-LAN-System scheinbar überlastet! Die Bildschirme wollen nicht ...! Nach einer kurzen Pause kann es aber losgehen!

Zu Beginn der Sitzung hat Herr Kassner (AfD) um die Möglichkeit einer persönlichen Erklärung gebeten. Er unterrichtet den Stadtrat über sein Bedauern, dass Frau Wagner aus der Fraktion der AfD ausgetreten sei. Die AfD hat damit keinen Fraktionsstatus mehr. Alle drei Stadträte behalten aber ihr Mandat im Stadtrat und sind „Einzelkämpfer“. Eine „Neuaufteilung“ der Sitze in den Ausschüssen ist nun notwendig geworden. Die CDU/FDP-Fraktion hat diese Sitze als stärkste Fraktion übernommen.

Bei der Abstimmung der Tagesordnung werden einige Vorlagen und Anträge abgesetzt, da diese noch in Ausschüssen beraten werden müssen. Es bleibt trotzdem noch genügend Beratungsgegenstand!

Herr Geier – Finanzdezernent – bringt den Haushaltsentwurf ein. Er verweist darauf, dass dieser Entwurf ausgeglichen sei, also eine „schwarze Null“ vorweist. Der Haushaltsentwurf wird ab Oktober in den Fachausschüssen beraten und soll noch im Dezember 2014 – so jedenfalls der Plan (!) – beschlossen werden.

Herr Geier gibt einige Fakten bekannt. Die Einnahmen und Ausgaben belaufen sich auf 586.386.175 Euro. Er gibt auch bekannt, dass z.B. die Wohnungsunternehmen im kommenden Jahr 20 Millionen zum Haushalt leisten sollen. Interessant ist auch, dass sich die Gewerbeeinnahmen für die Stadt Halle erhöht haben und dieses auch für das nächste Jahr prognostiziert wird. Neu ist, dass nun alle Beigeordneten in Kürze ihre Schwerpunktaufgaben (und damit die wichtigsten Ausgaben) vorstellen.

So ist im Bereich Wirtschaft die Umsetzung der Fluthilfeprojekte ein absoluter Schwerpunkt, im Sozialbereich sind es die Investitionen in Schulen und Kitas sowie – nach Herrn Kogge – sinkende Ausgaben bei den Kosten der Unterkunft durch die Einführung des Mindestlohnes. Wir werden sehen!!

Im Finanzbereich geht es um ein neues Quartiersbüro

im Norden der Stadt, um den Ausbau der Bürgerbeteiligungsplattformen und um die Qualifizierung von Führungskräften. Im Bereich Planen stehen auch die Umsetzung der Fluthilfeprojekte, der 4. Bauabschnitt der Osttangente und die Gestaltung des Stadtparkes ganz oben auf der Vorhabenliste. Im Bereich Kultur und Sport geht es u. a. um den Bau der neuen Eishalle, um das HFC-Nachwuchsleistungszentrum und um den Neubau des Planetariums.

Nach der Einbringung des Haushaltes wurden eine Reihe von Jahresabschlüssen – wie z.B. vom Hallischen Zoo, den beiden kommunalen Wohnungsunternehmen, den Stadtwerken, dem Flughafen Oppin bestätigt.

Große Diskussionen gab es zum Tagesordnungspunkt „Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und Entlastung des Oberbürgermeisters“.

Der Jahresabschluss wurde letztlich bestätigt, jedoch wurde der Entlastung des Oberbürgermeisters mehrheitlich nicht zugestimmt. Bodo Meerheim versuchte in seiner Rede auch darauf hinzuwirken, einen Beschluss zu fassen, um über den Jahresabschluss 2013 beraten zu können. Die Argumente, dass keine Zustimmung der Entlastung gegeben werden kann, bezogen sich vorrangig auf die Einstellung von drei persönlichen Mitarbeitern. Der OB muss sich derzeit dafür bei Gericht verantworten.

Auch durch unsere Fraktion wurde der Einziehung eines Parkplatzes im Robinienweg, verschiedenen Bebauungsplänen in Büschdorf sowie der Änderung des Flächennutzungsplanes zu Gunsten der Bebauung des Sportparks in der Karlsruher Allee zugestimmt. Eine große Mehrheit unserer Fraktion stimmte der Errichtung eines Einkaufszentrums in Ammendorf und damit einer Änderung des Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle nicht zu. Jedoch fand sich eine Mehrheit im Stadtrat. Swen Knöchel argumentierte, dass die Kaufkraft in Halle zu gering sei, um ein weiteres Zentrum in Ammendorf zu errichten und meinte, dass die Versorgung der Einwohner gesichert sei.

Ein Bürgervorschlag, der im Zusammenhang mit dem Haushalt eingebracht wird, wird nun geprüft.

Es geht um eine Toilette am Wasserspielplatz in Heide-Süd. Auch wir haben dem Prüfantrag zugestimmt.

Für den Beirat des Jobcenters werden die Vertreter

der Fraktionen gewählt. Unsere Fraktion ist nun mit zwei Vertretern im Beirat vertreten, mit Thomas Schied und Ute Haupt.

Angenommen wurde auch der Antrag, dass die Stadt Halle „Fairtrade-Stadt“ werden soll.

Unsere Fraktion war Mit Antragsteller. Ziel des Antrages ist es, die Marke Fairtrade (fairer Handel) mehr in den Mittelpunkt zu rücken.

Unseren Anträgen zum „Beitritt in das Dual Career Netzwerk Mitteldeutschland“, der „Neuorientierung und Umsetzung eines verwaltungsinternen Immobilienmanagements“ wurde zugestimmt.

Unser Antrag zur „Errichtung einer Denkmalskulptur zur Würdigung moderner Architektur und Baukonstruktion in Halle-Neustadt“ wurde in den Kulturausschuss verwiesen.

Ute Haupt, Stadträtin

15. Oktober 2014 17 Uhr, Gesprächskreis

Gesellschaftskonzeptionen: Diskussion über die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen und die Stellung der Partei DIE LINKE.

Die Diskussionsrunde trifft sich künftig im "Linken Laden", Leitergasse 4.



**PREISSKAT in Halle
am Freitag, dem
10. Oktober 2014**

Beginn: 14 Uhr Ende: gegen 18 Uhr
Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer,
Böllberger Weg 150,

Anfahrt mit der Straßenbahn, Linie 1, sowie
Buslinie 26, Haltestellen sind Diesterwegstraße
oder Passendorfer Weg.

Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen
Preis.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierer-
tisch und 27 Spiele am Dreiertisch

und nach der Skatordnung des Deutschen Skat-
verbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14:10 Uhr.



Lesecafé
ERÖFFNUNG

LESECAFÉ

im Linken Laden, Leitergasse 4, Halle (Saale)

Dienstag 7. Oktober 2014 19.00 Uhr

Buchvorstellung

Erik Neutsch: „Totschlag“

Ein Wenderoman über den Arbeiter Manfred Gütlein
vorgestellt von Achim Jahns

Mittwoch 12. November 2014 18.00 Uhr

Buchvorstellung

Rudolf Scholz: „Mein lieber Herr Gesangverein“

Ein Schelmenroman um einen Männerchor
vorgestellt vom Autor

Mittwoch 10. Dezember 2014 18.00 Uhr

**Anneliese Probst: „Texte von gestern und heute –
auch für morgen.“**

vorgestellt von Achim Jahns

Gemeinsame Veranstaltungen im Linken Laden
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V.
und dem Wahlkreisbüro Swen Knöchel (MdL)

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

DIE LINKE.

Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g

Auflage: 400 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

25.09.2014

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 09.10.2014

Bundessatzung der Partei DIE LINKE

Im Mittelpunkt der zweiten Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE standen im Mai die Satzungsfragen. Das Linke Blatt veröffentlicht die jetzt geltende Satzung.

Teil 6

5. Die Finanzen der Partei

§ 24 Die finanziellen Mittel der Partei

(1) Die finanziellen Mittel und das Vermögen der Partei werden durch den Parteivorstand sowie durch die Landes- und Kreisvorstände nach den Grundsätzen und Verfügungsregelungen der Bundesfinanzordnung verwaltet.

(2) Die Partei finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Mandatsträgerbeiträgen, Spenden und den anderen zulässigen, im Parteiengesetz festgelegten Einnahmequellen. Die Verteilung der Einnahmen erfolgt entsprechend den Grundsätzen der Bundesfinanzordnung und wird mit dem jährlichen Finanzplan geregelt.

(3) Die Mitglieder der Partei entrichten Mitgliedsbeiträge entsprechend ihrem Einkommen auf der Grundlage der gültigen Bundesfinanzordnung. Mitgliedsbeiträge sind nicht rückzahlbar.

§ 25 Finanzplanung und Rechenschaftslegung

(1) Die Vorstände der Partei sind für die jährliche Finanzplanung und für die Rechenschaftslegung über die Einnahmen und Ausgaben und über das Vermögen der Partei nach den Festlegungen der Bundesfinanzordnung und des Parteiengesetzes zuständig.

(2) Der Bundessausschuss entscheidet über den jährlichen Bundesfinanzplan auf Vorschlag des Parteivorstandes. Landesverbände können für die Landesfinanzpläne eine ähnliche Regelung treffen.

§ 26 Bundesfinanzrat

(1) Der Bundesfinanzrat berät alle grundsätzlichen Fragen der Finanzarbeit der Partei. Er bereitet grundsätzliche Entscheidungen zum Finanzkonzept, zur Finanzplanung, zur Verteilung des gemeinsamen Wahlkampffonds und zum innerparteilichen Finanzausgleich vor.

(2) Der Bundesfinanzrat setzt sich aus der Bundesschatzmeisterin bzw. dem Bundesschatzmeister und

den Landesschatzmeisterinnen und Landesschatzmeistern zusammen.

(3) Der Bundesfinanzrat ist gegenüber dem Parteitag, dem Parteivorstand und dem Bundessausschuss antragsberechtigt. Er hat das Recht, zu allen finanzwirksamen Anträgen Stellung zu nehmen.

(4) Der Bundesfinanzrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

(5) In den Landessatzungen sind analoge Regelungen zu treffen.

§ 27 Finanzrevision

(1) In der Bundespartei sowie in den Landes- und Kreisverbänden sind Finanzrevisionskommissionen zu bilden. Diese werden durch den Parteitag der Bundespartei sowie durch die Parteitage der Landes- und Kreisverbände gewählt. Sie bestimmen aus ihrer Mitte über den Vorsitz.

(2) Mitglieder von Vorständen, des Bundessausschusses oder ähnlicher Parteiausschüsse in Landes- und Kreisverbänden, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger derselben Ebene wie die entsprechende Kommission, Angestellte der Partei oder von mit ihr verbundenen Unternehmen bzw. Institutionen sowie Mitglieder, die auf andere Weise regelmäßige Einkünfte von der Partei beziehen, können nicht Mitglieder der Finanzrevisionskommissionen sein.

(3) Die Finanzrevisionskommissionen prüfen die Finanztätigkeit der Vorstände, der Geschäftsstellen und der gesamten Partei sowie den Umgang mit dem Parteivermögen. Sie unterstützen die jährliche Finanz- und Vermögensprüfung gemäß Parteiengesetz.

(4) Die Finanzrevisionskommissionen prüfen gemäß Parteiengesetz den finanziellen Teil der Vorstandsberichte an die Parteitage.

(5) Das Nähere zu Aufgaben und Arbeitsweise der Finanzrevisionskommissionen regelt eine vom Parteitag zu beschließende Ordnung.